

EO 10400 18. April 2024



EG: 16.04.2024

über
Herrn
Oberbürgermeister Mende

BR *feh m. H.*

Der Magistrat

über
Magistrat

Dezernat für Soziales, Bildung
und Wohnen

und
Herrn
Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gerhard Obermayr

Stadträtin Dr. Patricia Becher

an den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder und Familie

April 2024

**Für mehr demokratische Beteiligung für Kinder in Wiesbaden;
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom
Beschluss-Nr. 0003 vom 24.01.2024, (SV-Nr. 24-F-63-0001)**

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1. Dem Ausschuss zu berichten, welche weiteren Konzepte und Ideen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung im Zukunftsausschuss neben dem Kinderparlament entstanden sind.*
- 2. Zu berichten, welche Schritte für die Fortentwicklung hin zu einer fest etablierten Beteiligung für Kinder (z. B. "Kinderparlament", "Kinderrat") nötig wären. Insbesondere sind Finanzierung, Möglichkeiten zum Erhalt von Fördermitteln, Konzeption und Umsetzung zu definieren.*
- 3. Zu berichten, wo Kinderparlamente/-räte erfolgreich etabliert wurden und welche Erfahrungen damit gemacht wurden.*
- 4. Zu berichten, wie der Wiesbadener Stadtelternbeirat und der Elternbeirat der Kindertagesstätten den Bedarf an Kinderparlamenten/-räten einschätzen.*

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 1. Dem Ausschuss zu berichten, welche weiteren Konzepte und Ideen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung im Zukunftsausschuss neben dem Kinderparlament entstanden sind.*

Die Abteilung Betreuende Grundschulen/Schulsozialarbeit an Grundschulen erhielt 2023 aus dem Bundesprojekt „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ Bundesmittel zur Umsetzung eines Beteiligungsprojekts im Stadtteil Mainz-Kastel.

Kinder wurden im Rahmen des Leistungsangebotes „Klassenbetreuung“ zur Kinderfreundlichkeit des Stadtviertels und nach ihren Wünschen und Verbesserungsvorschlägen befragt.

Darüber hinaus wurde ein „Zukunftsausschuss“ gebildet, der sich aus delegierten Kindern der im Stadtteil befindlichen Schulen und Kinderzentren zusammensetzt. Mit dem „Zukunftsausschuss“ soll perspektivisch ein nachhaltiges Gremium entwickelt werden, das sich als Interessensvertretung von Kindern gegenüber den politischen Organen der Kommune konstituiert.

Der Zukunftsausschuss hat die Befragung ausgewertet und geprüft, wie sich die Ideen der Kinder umsetzen lassen und in welchem Zeitrahmen.

Die Kinder haben mehrere Ideen und Projekte benannt, die sie sich zur Verbesserung der Lebenswelt im Stadtteil wünschen. So wurden im Laufe des Jahres u. a. ein Kinder- und Jugendfest in Kastel-Housing und ein Zirkusprojekt mit der Bertha-von-Suttner-Schule und der Gustav-Stresemann-Schule durchgeführt. Ebenso wurden kostenfreie Kino- und Theaterbesuche für die Kinder, teilweise mit den Eltern und Geschwistern, ermöglicht. Der Zukunftsausschuss wurde mit einer umfassenden Ausstattung (Tablets, Kameras) versehen, um zukünftig gut ausgestattet seine Arbeit weiterzuführen. Die Kinder der Bertha-von-Suttner-Schule und der Gustav-Stresemann-Schule haben Spielmaterialien für die Klassen erhalten. Die Arbeit des Zukunftsausschusses wurde beim Fest zum Weltkindertag im September öffentlich vorgestellt. Zur Unterstützung der Außenwirkung gab es eine musikalische Begleitung durch eine Band. Bei verschiedenen Gelegenheiten wurde über die Presse auf den Zukunftsausschuss, die Umsetzung der Projekte und die Idee einer nachhaltigen Implementierung durch die mögliche Bildung eines Kinderparlaments in den Stadtteilen Mainz-Kastel und Mainz-Amöneburg aufmerksam gemacht.

Am Dienstag, den 19.12.2023 besuchten die Kinder des Zukunftsausschusses den Ortsbeirat Mainz-Kastel. Sie wurden vom Ortsvorsteher begrüßt und erhielten einen Einblick in die Ortsverwaltung.

Anschließend wurden die Kinder von Mitgliedern des Ortsbeirates im Sitzungssaal empfangen und hatten die Gelegenheit, erste Ideen und Anliegen zur Wahrung ihrer Interessen vorzutragen.

2. *Zu berichten, welche Schritte für die Fortentwicklung hin zu einer fest etablierten Beteiligung für Kinder (z. B. „Kinderparlament“, „Kinderrat“) nötig wären. Insbesondere sind Finanzierung, Möglichkeiten zum Erhalt von Fördermitteln, Konzeption und Umsetzung zu definieren.*

Geplant ist, dass der gebildete Zukunftsausschuss auch im Jahr 2024 weiter regelmäßig tagen wird. Mitarbeiter:innen der Schulsozialarbeit an der Bertha-von-Suttner-Schule werden diese Arbeit weiter begleiten. Das benachbarte Jugendzentrum im Stadtteil (Redit) wird ebenfalls die Arbeit unterstützen.

Eine tragfähige Arbeitsform soll gemeinsam mit den Kindern erarbeitet werden, so dass das Entscheidungsgremium „Zukunftsausschuss“ nachhaltig die Beteiligung von Kindern an Entscheidungen bezüglich der Lebenswelt der Kinder im Stadtteil aufgreift und ermöglicht. Gelegenheiten sollen genutzt werden, um auf die Arbeit des „Zukunftsausschusses“ aufmerksam zu machen und für die Beteiligung von Kindern zu werben (z. B. Stand des Zukunftsausschusses auf Schulfesten, Stadtteilsten u. ä.).

Mit dem „Zukunftsausschuss“ soll ein nachhaltiges Gremium (Kinderparlament, Kinderrat) **in den Stadtteilen** entwickelt werden, das sich als Interessenvertretung von Kindern gegenüber den politischen Organen der Kommune konstituiert.

Gleichzeitig soll eine feste Anbindung an eine Organisationseinheit des Amtes für Soziale Arbeit erfolgen, um die institutionelle Unterstützung zu gewährleisten.

Es ist auch 2024 möglich, einen Antrag auf Bundesmittel zu stellen. Seit 22.02.2024 ist das Antragsverfahren eröffnet. Ein Antrag soll zeitnah wieder für AKK gestellt werden, da Mittel und Zeit benötigt werden, um das über das Zukunftspaket gebildete Kinderparlament an der Bertha-von-Suttner-Schule auf „sichere Füße zu stellen“ bzw. zu verstetigen und zu etablieren. Folgende zentrale Aspekte werden dabei näher verfolgt: Finanzierung, Tagungsorte und Sitzungstermine, personelle Ressourcen und institutionelle Anbindung, Zusammensetzung des Kinderparlaments, Mitwirkung der Schule und des Kinderzentrums bei Wahlen, Geschäftsordnung sowie Logo und Öffentlichkeitsarbeit.

Ziel dieses „Pilotprojektes“ ist es auch, Erfahrungen zu sammeln und erforderliche Arbeitsschritte zu dokumentieren, um diese anderen interessierten Standorten zur Verfügung zu stellen.

Was braucht es an Mitteln für ein Fortführung des Projekts in 2024?

Die Anbindung an die Betreuende Grundschule/Schulsozialarbeit an Grundschulen ist erforderlich, da am Ort Schule alle Kinder erreicht werden. Ein zentrales Kinderparlament analog Jugendparlament ist nach ersten Erfahrungen nicht sinnvoll. Über das Angebot „Klassenbetreuung“ der Schulsozialarbeit werden alle Kinder erreicht, dies verursacht keine zusätzlichen Kosten. Für die weitere Begleitung des Kinderparlamentes wäre eine zusätzliche Personalressource im Umfang von 10 Std/Woche Schulsozialarbeiter:in erforderlich. Dies entspräche Personalkosten von ca. 20.180 € jährlich, welche aktuell nicht im Haushalt vorgesehen sind und auch nicht durch Bundesmittel gedeckt werden könnten. Eine entsprechende Sitzungsvorlage wird zu gegebener Zeit in die Gremien eingebracht. Das Stundenkontingent dient der Unterstützung des Kinderparlaments z.B. für die Vernetzung (andere Schulen im Ortsbezirk, Schulleitungen und Lehrer:innenkollegium, Ortsbeirat, Elternbeiräte, Zentren...) sowie der Beratung und Unterstützung von Vorhaben.

Das Kinderparlament sollte analog des Jugendparlaments auch ein Budget (denkbare Größenordnung von 500€ jährlich, dies entspricht 42 € pro Monat) erhalten, über welches das Kinderparlament eigenverantwortlich verfügen kann.

In 2023 wurden für das Projekt 34.617 € verausgabt (Zuschuss aus Bundesmittel Zukunftspaket). Hierüber wurden in der Hauptsache die von den Kindern gewünschten Projekte finanziert und nur zu einem sehr geringen Anteil (ca. 5500 €) Personalkosten gedeckt. Eine höhere anteilige Finanzierung aus Bundesmitteln wird voraussichtlich auch in 2024 nicht möglich sein.

3. Zu berichten, wo Kinderparlamente/-räte erfolgreich etabliert wurden und welche Erfahrungen damit gemacht wurden.

Erste Ergebnisse einer Evaluation des Bundesprojekts „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ liegen vor. Allerdings beziehen sich diese auf das gesamte Paket aller Projekte in der Republik und sind somit leider nicht aussagekräftig für Wiesbaden.

Die Stadt Hattersheim initiierte bereits 1995 einen Modellversuch für ein Kinderparlament. Im Schuljahr 1996/97 wurde die erste Sitzung des Kinderparlaments durchgeführt. Seitdem finden regelmäßig Sitzungen statt. Auch hier wurden die Kinderparlamente mit dem Ziel eingerichtet, dass Kinder sich bereits im Grundschulalter für eine kommunale Sache einsetzen, um aktiv Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen zu können.

4. *Zu berichten, wie der Wiesbadener Stadtelternbeirat und der Elternbeirat der Kindertagesstätten den Bedarf an Kinderparlamenten/-räten einschätzen.*

Der Stadtelternbeirat war nicht einbezogen. Die Schulelternbeiräte der beteiligten Schulen waren beteiligt. Hier wurde insbesondere beim Zirkusprojekt in hohem Umfang bei Planung und Durchführung unterstützt. Eine Information zum Vorhaben wird im Rahmen des regelhaften Austauschs des Sozialdezernats mit dem Stadtelternbeirat erfolgen.

Dr. Patricia
Becher

Digital
unterschrieben von
Dr. Patricia Becher
Datum: 2024.04.12
19:48:42 +02'00'